

PRESSEMITTEILUNG

TFA-Belastung in der Alz: Landrat räumt Informationsdefizit im Kreisausschuss ein – während das LRA die Bürger mit schwammigen Antworten abspeist

Altötting, 03.07.2026 – Die anhaltende Debatte um den massiven Eintrag von Trifluoressigsäure (TFA) über Chemie-Abwässer in die Alz erreicht die Kreispolitik. Wie dringend verlässliche Aufklärung in der Region nottut, zeigte sich in der jüngsten Sitzung des Kreisausschusses: Der neue, erst seit Mai 2026 amtierende Landrat Dr. Windhorst nahm die von der Bürgerinitiative angestoßene Thematik zum Anlass, um für die nächste Kreistagssitzung einen offiziellen Infovortrag zu TFA anzuregen.

Die Begründung des Landrats macht das eklatante Informationsdefizit der lokalen Politik deutlich: Er wies im Ausschuss darauf hin, dass insbesondere neu gewählte Kreisräte über keinerlei Kenntnisse bezüglich der TFA-Belastung in der Region verfügen. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf die Behördenpraxis der vergangenen Jahrzehnte unter Ex-Landrat Erwin Schneider, der diese intransparente Informationspolitik maßgeblich geprägt hat.

Bürgerinitiative kritisiert ungenaue Behörden-Antworten

Wie berechtigt die Kritik an der Informationspolitik ist, beweist ein parallel eingegangenes Antwortschreiben des Landratsamtes Altötting an die Bürgerinitiative vom 02.07.2026. Auf konkrete Fragen nach rechtsverbindlichen Mengengrenzen und Konsequenzen aus der neuen, toxikologischen Risikobewertung reagiert die Behörde mit vagen Standardfloskeln. Statt klarer Zusagen verweist das Amt auf wirtschaftlich „verhältnismäßigen Aufwand“ für die Industrie und flüchtet sich in alte „Orientierungswerte“ in der Alz – ein unhaltbarer Zustand angesichts der neuen Fakten.

„Wenn Mandatsträger fundamentale Wissenslücken bei einem Stoff aufweisen, der von der EU-Chemikalienbehörde ECHA aktuell als **fruchtbarkeitsschädigend** und **gesundheitsgefährdend für ungeborene Kinder** eingestuft wurde, und das Landratsamt zeitgleich die Bürger mit schwammigen Phrasen abspeist, ist das eine politische Blamage“, kritisiert Brunhilde Husmann, Sprecherin der IG „Unser Wald“. „Schlimmer noch: Das Landratsamt hat sogar die fachliche Forderung des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), eine Abwasservorbehandlung verbindlich bis zum 31.12.2024 in Betrieb zu nehmen, eigenmächtig zugunsten der Industrie aufgeweicht.“

Medien-Blackout im Lokalteil: Debatte wird totgeschwiegen

Während der Landrat das Problem aufgrund des öffentlichen Drucks politisch auf die Tagesordnung setzen muss, ignoriert die lokale Berichterstattung der Passauer Neuen Presse (PNP) die TFA-Debatte im Ausschuss konsequent. In der aktuellen Berichterstattung zur Sitzung („*Wir sind ja nicht ganz blöd*“) wird das Thema mit keinem Wort erwähnt. Dass kritische Umweltfragen rund um das Trinkwasser der Bürger im Lokalteil ausgespart werden, während zeitgleich aggressive LRA-Gegendarstellungen gegen Bürger im vollen Wortlaut abgedruckt werden, offenbart eine besorgniserregende Distanzlosigkeit der Lokalredaktion zur behördlichen Darstellung.

Erst die offizielle Dringlichkeitsanfrage der IG „Unser Wald“ nach dem Bayerischen Umweltinformationsgesetz (BayUIG) hat Bewegung in die Angelegenheit gebracht. Die Bürgerinitiative fordert nun die lückenlose Offenlegung aller behördlichen TFA-Messdaten und der tatsächlichen Reinigungsleistung der Industrie.

Über die Initiative:

Die Interessensgemeinschaft „Unser Wald“ (Bündnis „Vereinte Waldfreunde AÖ“) setzt sich ehrenamtlich für den Schutz der regionalen Ökosysteme und die Gesundheitsvorsorge im Landkreis Altötting ein. Im Arbeitskreis „Gewässerschutz & Behördenkontrolle“ fordert sie durch Recherchen nach dem Umweltinformationsgesetz Transparenz von Politik und Behörden ein.